Einleitung

Die Geschichte der Menschheit legt Zeugnis davon ab, dass der Mensch von Anfang an bestrebt war, sich ein würdiges Dasein zu gestalten. Monumentale Bauwerke wie Pyramiden oder später Kathedralen und Moscheen zeigen, dass der Mensch immer in dem Versuch unterwegs gewesen ist, nach den Sternen und dem Himmel zu greifen. Andere Bauwerke, Königs- und Verwaltungspaläste wie das persische Pasargadae oder Persepolis, weisen auf die Notwendigkeit hin, das Leben der Menschen untereinander zu regeln und möglichst gerecht zu gestalten. Spätestens seit den Gesetzestafeln des Hammurabi, dem Menschenrechtszylinder des Kyros und den demokratischen Grundsätzen des Kleisthenes, um nur einige Beispiele zu nennen, entwickeln sich verschiedene Verwaltungsformen und Staatsapparate, um Recht und Ordnung zu gewährleisten.

Die Betrachtung unterschiedlicher Regierungsformen bedeutet, sich mit der Kultur- und Zivilisationsgeschichte der Völker zu befassen. Ihre Vielfalt macht die Beschäftigung mit der Frage, was eine gute Regierung ausmacht, spannend und ergiebig zugleich. Verstehen sich Regierungen als Garanten menschlichen Glücks? Ist ein monarchistisches System, in dem der König als Stellvertreter Gottes herrscht, eine menschenwürdige Regierungsform? Wäre ein kommunistisches System, nach dem die Gesellschaft völlig unifiziert wird, würdiger? Kann eine islamische Demokratie, die den Menschen als Kalif Gottes auf Erden versteht, mehr Glück und Frieden garantieren als eine Liberaldemokratie, die dem Individuum nahezu uneingeschränkte Rechte und Freiheiten einräumt?

In all diesen Regierungsformen ist von Freiheit, Menschenrechten und Gerechtigkeit die Rede. Sie sind letztlich Versuche, den Wohlstand und das Glück ihrer Bürger zu garantieren. Ziel ist es, dass Menschen sich in wechselseitiger Verantwortung und Toleranz gemäß ihres Potenzials zu entfalten vermögen und ihr Leben an den Prinzipien der jeweiligen gesetzgebenden, ausführenden und richterlichen Gewalt ausrichten können. Freilich ist stets zu fragen, wer die Referenzmaßstäbe für Freiheit, Menschenrechte und Gerechtigkeit definiert.

Formal fußen alle Regierungssysteme auf einer bestimmten Form von Verfassung bzw. auf einem Grundgesetz, welches die Eckpunkte des jeweiligen Weltbildes in Regierungsformen und Menschenrechtskatalogen festschreibt. Diese können sehr unterschiedlich sein, wie die Folgegesetze, bspw. Zivil- und Strafgesetzbücher zeigen. Betrachten wir allein die demokratischen Systeme in den westlichen Gesellschaften, so lassen sich drei Regierungsformen unterscheiden: direkte Demokratie, parlamentarische Demokratie und Präsidialdemokratie. Auch diese Typen suchen, wie die anderen Demokratien, nichts anderes als die Gewährleistung von Freiheit, Menschenrechten und Gerechtigkeit.

Die Beiträge des vorliegenden Heftes nehmen sich dieser Themenfelder und Fragestellungen an und diskutieren, was Demokratie ist bzw. nicht ist, was sie leistet oder nicht leisten kann und aus welchem Menschen- und Weltbild sie sich legitimiert. Nicht nur die Vielfalt von Regierungstypen wird analysiert, sondern auch ihre Vor- und Nachteile, um die Gefahren ihrer Verabsolutierung und Universalisierung einschätzen zu können.

Helmut Johach befasst sich mit der Idee der ›Volkssouveränität‹, die er mit der heutigen Verfassungswirklichkeit in Form von Parteienherrschaft konfrontiert sieht. Nach ihm geben demokratische Wahlen dem ›Volk‹ immerhin eine gewisse – begrenzte – Einflussmöglichkeit. Die Menschenrechte, auf die sich gerade ›westliche‹ Demokratien gern berufen, unterzieht Johach dabei einer kritischen Prüfung und kommt zu dem Ergebnis, dass Eigentumsrechte eher gewährleistet werden als das Recht auf Arbeit. Die anschließende Untersuchung der Verbindung zwischen Politik und Wirtschaft ergibt, dass das ›westliche‹ Demokratieverständnis eng mit dem Kapitalismus verknüpft ist, wobei dessen ›rheinische‹ Variante, die ›soziale Marktwirtschaft‹, sich unter dem Einfluss des vorherrschenden Neoliberalismus immer mehr der angelsächsischen kapitaldominierten Demokratie angeglichen hat. Abschließend weist Johach auf eine doppelte Gefährdung der Demokratie hin: durch Lobbyismus im Dienst von Wirtschaftsinteressen, und durch Kontrollwahn als Reaktion auf Infragestellungen wie terroristische Akte.

Bernd Hamm untersucht, wie die Neokonservativen in den USA an die Macht gekommen sind und wie sie Regierungswechsel in anderen Weltregionen erzwingen wollen, um dort US-freundliche Regierungen zu installieren. Eine Strategie der Spannungserzeugung dient dazu, die eigene Bevölkerung unter Konformitätsdruck zu stellen. Die eigentliche Revolution be-

stehe nach Hamm darin, dass bereits heute weite Politikbereiche einer wirksamen demokratischen Kontrolle entzogen sind. Die Fallstudie zum Ukraine-Konflikt zeigt nach Hamm, wie sehr auch die Medien ihre kritische Rolle aufgegeben haben. Das demokratische System schlechthin steht für Hamm am Rande des Überlebens.

Hans-Peter Waldrich befasst sich mit dem Demokratiebegriff unter der Fragestellung, welche Funktion Demokratie als Verfahren der Wissenserzeugung in einer offenen Welt hat. Wie nie zuvor stehe die Menschheit vor der Aufgabe, ihr Überleben auf diesem Globus zu organisieren. Dabei sei ein Höchstmaß an Information und ein nur virtuelles Verfahren von Versuch und Irrtum gefordert, das in dieser Weise nur in offenen Gesellschaften der Demokratie zur Verfügung gestellt werden könne. Allerdings sind Demokratien, Waldrich zufolge, heute durch extreme soziale Unterschiede wie auch über die Beherrschung der Medien durch eine monetäre Elite gefährdet. Darüber hinaus stellt sich die Frage nach Zugehörigkeit und Identität von Menschen in einer chaotischer werdenden Zeit. Die Rolle der Religion ist für Waldrich in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung.

Peter Gerdsen beleuchtet die Eckpunkte liberaler Demokratie aus christlicher Sicht. Er analysiert die Entstehung und charakteristische Merkmale dieser Form von Demokratie und zeigt, dass die liberale Demokratie systemimmanent Instabilität des Wertefundaments und ein breites Einfallstor für Fremdherrschaft aufweist. Das Böckenförde-Dilemma ist nach Gerdsen ein Hinweis darauf, dass Demokratie nur auf der Grundlage eines stabilen Wertefundaments bestehen kann. Dies verhindere aber gerade der Säkularismus und Laizismus, die beide als konstitutive Bestandteile der Liberaldemokratie gelten. Abschließend geht Gerdsen auf die Fundamente einer christlichen Demokratie ein, die sich auf Wahrheiten und handlungsleitende Prinzipien des Neuen Testaments gründet.

Hamid Reza Yousefi thematisiert, unter Würdigung historischer Entwicklungen, den islamischen Volksprimat bzw. die Demokratie am Beispiel der Islamischen Republik Iran. Seiner Auffassung nach handelt es sich dabei um eine grundsätzlich religiös ausgerichtete Staats- und Gesellschaftsform in einer Mischung aus säkularen und sakralen Bestandteilen. Dieses Staatsmodell vermag zwischen Extrempositionen der Tradition und Moderne zu vermitteln. Freiheit und Gerechtigkeit werden dann im Staat gewährleistet, wenn allen Bürgerinnen und Bürgern nicht nur unveräußerliche Rechte zukommen, sondern auch unbedingte Pflichten auferlegt sind.

Traditionelle Werte und Religion bilden in einem islamischen Volksprimat eine Einheit. Dabei wird jedoch, um Extremismus zu vermeiden, von den Grundsätzen eines ›aufrichtigen‹ Pragmatismus ausgegangen.

Redaktionelle Anmerkungen

Die Daseinsberechtigung unterschiedlicher Demokratieformen zu thematisieren, ist ein umstrittenes Thema. Daher ist es unvermeidlich, dass die Beiträge nicht immer der Meinung der Herausgeber entsprechen. Die Beiträge dieses Heftes wollen Mut machen, sich dieses Themenkomplexes zu stellen, um einen konstruktiven Beitrag zum interkulturellen und interreligiösen Dialog zu leisten.

Hamid Reza Yousefi